

## ■ UNGLAUBLICH

Die vorgelegten Eckpunkte für eine Gesundheitsreform stimmen wenig hoffnungsfroh.

Seite 3

## ■ AO

Große Probleme mit der Kapazitätsverordnung

Seite 3

## ■ ÄRZTEPROTESTE

Den regionalen Aufrufen des „Bündnis Gesundheit“ sind tausende von Ärzten gefolgt.

Seite 5

## ■ ARBEITSMARKT

War for talents – auch Deutschland wird vom Ärztemangel erfasst.

Seite 7

## ■ STELLENMARKT

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 7 und 8

## ■ LANDESVERBÄNDE

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 9 bis 14

Nordrhein-Westfalen/  
Rheinland-Pfalz

(regional) Seite 9

Nordrhein-Westfalen/  
Rheinland-Pfalz

Seite 10

Hamburg

Seite 11

Baden-Württemberg

Seite 12

## ■ SEMINARE

In dieser Ausgabe auf

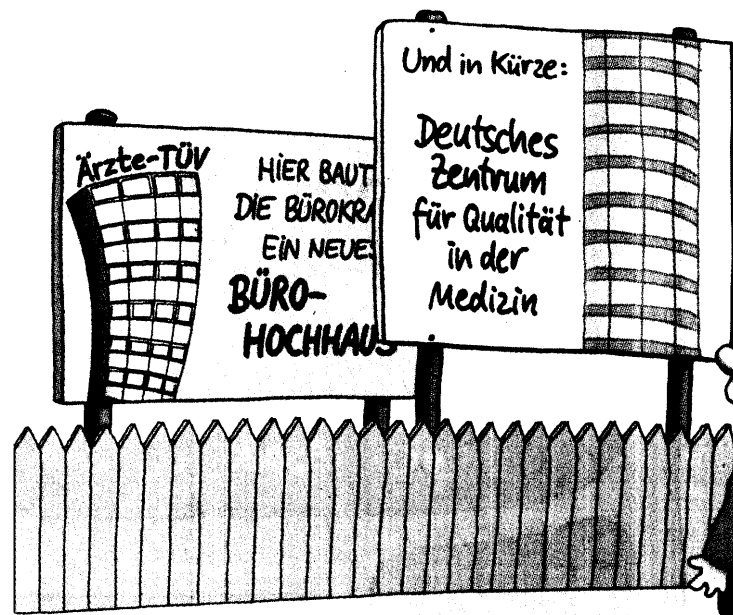
Seite 15

# Großes Tamtam und dann

## Bundessozialministerin präsentiert erste Vorstellungen zum

Berlin (ass). Sie kommen, sie kommen nicht, sie kommen, sie kommen nicht – zumindest das Tauziehen um den richtigen Zeitpunkt zur Präsentation erster Eckpunkte für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist jetzt beendet. Bundessozialministerin Ulla Schmidt stellte endlich ihre ersten grundsätzlichen Reformüberlegungen der wartenden Öffentlichkeit vor. Immerhin hatte unmittelbar davor auch die erste Arbeitssitzung der „Rürup-Kommission“ stattgefunden, die in Anbetracht des neuen Zeitplanes mit dem Ziel Mai für eine umfassende Reformoffensive mächtig in Zeitdruck geraten ist.

Ob es nun letztlich eines Kanzler-Machtwortes bedurft hatte oder nicht: erste „Maßnahmen für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ sind jetzt definiert, nachdem die vergangenen Wochen geprägt waren von mehr oder weniger konstruktiven Teilvorschlägen aus mehr oder weniger berufenem Mund aus dem Kreis rund um die Ministerin und



OLAF

die Experten-Kommission.

Zentrale Bedeutung kommt nach dem Eckpunkte-Papier dem neu zu installierenden „Zentrum für Qualität in der Medizin“ zu, das zum einen Garant für mehr Patientenrechte und -souveränität sein soll – dort ist das Informati-

onsrecht der Patienten verankert, dort verschafft ein Patientenbeauftragter diesen Gehör – zum anderen sollen dort entwickelte Behandlungsleitlinien bei den wichtigsten Krankheiten für mehr Qualität sorgen. Therapienutzennachweis und Kostenbe-

## Ambulante Versorgung

# Teilöffnung für Kliniken

## DKG will deutlich mehr

Berlin (ass). Krankenhäuser sollen nach dem Eckpunkte-Papier von Ulla Schmidt künftig teilweise für die ambulante Versorgung in unterversorgten Regionen und für hoch spezialisierte Leistungen geöffnet werden. „Damit kommt Ministerin Schmidt den MB-Forderungen nach einer zeitgemäßen Definition von Krankenhausleistungen nach“, kommentierte MB-Vorsitzender Dr. Frank Ulrich Montgomery diesen Teil der Vorschläge.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hatte vor wenigen Tagen eine deutlich weit gehendere Öffnung für die Krankenhäuser gefordert:

- einen Zulassungsanspruch, im Rahmen von Integrationsverträgen auch ambulante Leistungen vereinbaren und erbringen zu können,
- die gesetzliche Zulassung zur ambulanten Leistungserbringung im Rahmen von Disease-Management-Programmen
- die gesetzliche Zulassung

für fachärztliche und spezialisierte Leistungen, z. B. durch Vereinbarung entsprechender Kataloge,

• infolge der DRG-Einführung eine qualifizierte und patientengerechte ambulante Weiterbehandlung nach Einweisung zu gestatten.

Hinweis: Der Marburger Bund veranstaltet ein Symposium zum Thema „Integration von ambulanter und stationärer Versorgung“. Einzelheiten dazu rechts im Kasten.

Marburger Bund

# Sagenhafter Mitgliederzuwachs

77 850 Mitglieder im Marburger Bund